



EU – Europäische Unterschiede

Armut. Zwar ist Armut immer auch eine Frage der Definition. Doch egal welche Indikatoren man zugrunde legt – in der Europäischen Union gibt es ein gewaltiges Gefälle zwischen den meist reichen Nordländern und Osteuropa, wo Armut recht häufig verbreitet ist. 

Seit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zur EU im Jahr 2007 kommen mehr Armutsflüchtlinge aus diesen beiden Ländern nach

Deutschland. Insgesamt suchten 2011 rund 97.500 Rumänen und gut 52.400 Bulgaren hierzulande ihr Glück. Zum Vergleich: Im Jahr 2006

waren es noch gut 23.700 Rumänen und etwa 7.700 Bulgaren.

Einer der Gründe, warum diese Menschen ihre Heimat verlassen, ist Armut – denn die ist in den beiden osteuropäischen Ländern besonders hoch. Allerdings ist Armut immer auch eine Frage der Definition, da es unterschiedliche Indikatoren gibt, mit denen sich Armut messen lässt.

Relative Einkommensarmut. Als einkommensarm gilt demnach, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) zur Verfügung hat – das ist genau das Einkommen, bei dem die eine Hälfte der Bevölkerung mehr und die andere Hälfte weniger verdient. Zugrunde gelegt wird dabei das Äquivalenzeinkommen, also das auf den Bedarf eines Singles umgerechnete Pro-Kopf-Nettomonatseinkommen.

Im EU-Vergleich schneidet bei der relativen Einkommensarmut Tschechien am besten ab, hier ist nur knapp jeder Zehnte einkommensarm. In Deutschland sind es rund 16 Prozent. Das Schlusslicht bildet Bulgarien: In dem Land gelten →

Armut in der EU

So viel Prozent der Bevölkerung galten nach den folgenden Kriterien als arm beziehungsweise armutsgefährdet

	Deutschland	EU	Bestes Land	Schlechtestes Land
Relativ einkommensarm: Das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen eines Haushalts beträgt weniger als 60 Prozent des Median (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste)	15,8	16,9	 9,8 Tschechien	 22,3 Bulgarien
Subjektiv einkommensarm: Das Einkommen eines Haushalts liegt deutlich unter demjenigen Wert, der nach eigener Einschätzung verfügbar sein müsste, um den eigenen Mindestlebensstandard zu decken	11,0	19,0	 2,0 Dänemark  Schweden	 55,0 Bulgarien
Depriviert: Aus einer Liste von neun wichtigen Grundbedürfnissen, z.B. die warme Mahlzeit oder die beheizte Wohnung, können mindestens vier aus finanziellen Gründen nicht erfüllt werden	5,3	8,8	 1,2 Luxemburg  Schweden	 43,6 Bulgarien
Konsistent arm: Sowohl relativ einkommensarm als auch depriviert	3,6	4,2	 0,7 Luxemburg  Schweden	 17,5 Bulgarien

Stand: 2010, (depriviert 2011)
Ursprungsdaten: Eurostat, Europäische Kommission

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 13

Inhalt

Tagesmütter. Gut 30 Prozent der Betreuungsplätze für unter Dreijährige sollen bei Tagesmüttern entstehen.
Seite 3

Photovoltaik. Der Ausbau der Photovoltaik ist zum EEG-Kostentreiber geworden. Bislang konnte der Solar-Boom nicht gebremst werden.
Seite 4

Europäische Investitionsbank. Die EU-Bank soll das Wirtschaftswachstum fördern und helfen, Arbeitsplätze zu schaffen.
Seite 5

Ausbildung. 2012 haben zwei Millionen Jugendliche eine weiterführende Qualifikation begonnen. Die meisten machen eine Berufsausbildung.
Seite 6-7

Münzen. Im Jahr 2002 wurde der Euro als Bargeld eingeführt. Dennoch ist heute noch fast die Hälfte des D-Mark-Münzbestands in Umlauf.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ mehr als 22 Prozent der Bevölkerung sind als arm (Grafik Seite 1).

Subjektive Einkommensarmut. Bei diesem Indikator legen die Befragten den Schwellenwert selbst fest. Zunächst wird gefragt, wie hoch das Mindesteinkommen wäre, mit dem der Haushalt gerade zurechtkommen würde. Dann wird gefragt, wie hoch das tatsächliche Einkommen ist. Liegt es deutlich unter dem gewünschten Mindesteinkommen, gilt eine Person als arm.

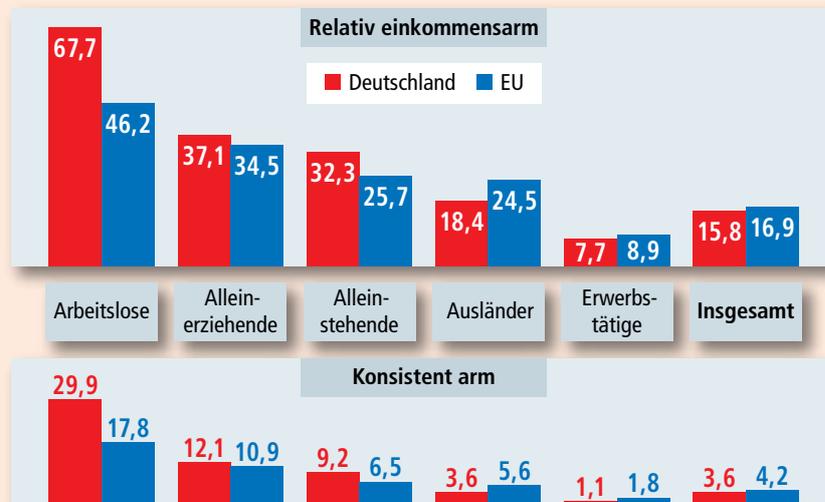
Die Dänen und die Schweden sind mit jeweils 2 Prozent am wenigsten von subjektiver Einkommensarmut betroffen. In Bulgarien und Ungarn fühlt sich dagegen rund jeder Zweite arm. Deutschland schneidet mit einer Quote von 11 Prozent besser ab als der EU-Durchschnitt.

Deprivation. Armut lässt sich auch am Lebensstandard messen. Die EU spricht von einer materiellen Entbehrung (Deprivation), wenn vier von neun Grundbedürfnissen aus finanziellen Gründen nicht befriedigt sind. Dazu gehört es u. a., die Wohnung angemessen beheizen zu können und täglich eine warme Mahlzeit zu haben. Der Haken: Die Auswahl und die Bedeutung der Bedürfnisse sind ebenso wie der Schwellenwert von vier Entbehrungen für alle Länder gleich und berücksichtigen nicht die teilweise großen Unterschiede in den Lebensverhältnissen der Mitgliedsländer.

Auch in dieser Sichtweise ist Bulgarien mit einer Armutsquote von 44 Prozent das EU-Schlusslicht. In

Arbeitslose sind am häufigsten arm

So viel Prozent der Bevölkerung galten nach den folgenden Kriterien als arm beziehungsweise armutsgefährdet



Relativ einkommensarm: das bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Einkommen eines Haushalts beträgt weniger als 60 Prozent des Median (Wert in der Mitte der Einkommensrangliste); konsistent arm: sowohl relativ einkommensarm als auch depriviert, das heißt, aus einer Liste von neun wichtigen Grundbedürfnissen, z.B. die warme Mahlzeit oder die beheizte Wohnung, können mindestens vier aus finanziellen Gründen nicht erfüllt werden; Stand: 2010; Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw13

Deutschland gelten gut 5 Prozent der Bevölkerung als depriviert.

Konsistente Armut. Demnach ist nur arm, wer gleichzeitig einkommensarm und depriviert ist. Das sind in Luxemburg 0,7 Prozent der Bevölkerung, in Bulgarien aber trifft es jeden Sechsten.

Problemgruppen. Besonders von Armut betroffen sind Arbeitslose, Alleinerziehende und Alleinstehende (Grafik). Ein Hauptansatzpunkt zur Armutsbekämpfung ist der Arbeitsmarkt (Interview). So haben Geringverdiener eine wesentlich geringere Armutsquote als Arbeitslose.



+ Interview +++ Interview +++ Interview +++

Nachgefragt bei Christoph Schröder, Statistiker und Experte für Arbeitskosten und Einkommensverteilung im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Der neue Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat wieder für Furore gesorgt. Werden die Reichen tatsächlich immer reicher und die Armen immer ärmer?

Das stimmt nur, wenn man sehr lange Zeiträume zugrunde legt. Seit 2005 beobachten wir aber, dass die Einkommensungleichheit nicht mehr zugenommen hat. Auch das Einkommensverhältnis zwischen den eher Wohlhabenden und den Einkommensschwachen hat sich in den vergangenen Jahren nicht mehr erhöht.

Hat Deutschland also gar kein Armutsproblem?

Das kann man so leider nicht sagen. Denn wir haben zwar den Trend zu mehr Armut gestoppt, aber deutlich nach unten geht die Armutsquote noch nicht. Wenn wir die besonders betroffenen Gruppen betrachten, sehen wir, dass vieles am Arbeitsmarkt hängt, sprich an zu geringer Erwerbsbeteiligung. Den Alleinerziehenden könnte beispielsweise ein Ausbau der Ganztagsbetreuung dabei helfen, einen Vollzeitjob anzunehmen. Auf keinen Fall sollten die Reformen, die zu mehr Beschäftigung geführt haben, wieder zurückgedreht werden.



Christoph Schröder: Armut in Europa
www.iwkoeln.de/trends

Trend zur Zweitmami

Tagesmütter. Der Kindertagespflege kommt beim Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren eine wichtige Rolle zu: 30 Prozent der Betreuungsplätze sollen bei Tagesmüttern oder Tagesvätern entstehen.

In vier Monaten können Eltern einen öffentlich geförderten Betreuungsplatz für ihr ein- oder zweijähriges Kleinkind bei den Kommunen einklagen. Während sich die Fachleute darüber streiten, ob eine Klagewelle auf das Land zurollt oder ob die frustrierten Eltern ihre Energie lieber in die Weitersuche stecken, versucht die Politik, die fehlenden Betreuungsplätze aus dem Boden zu stampfen – im November 2012 bezifferte das Statistische Bundesamt die Lücke auf 220.000 Plätze.

Exakt 30 Prozent davon sollen in der Tagespflege entstehen – also bei Tagesmüttern und -vätern, die die Kleinen oft in der eigenen Wohnung umsorgen. Zieht man diesen Maßstab heran, fehlten Ende 2012 noch etwa 80.000 Plätze bei Tageseltern.

Anfang März 2012 gab es aber erst 43.400 öffentlich geförderte Tagesmütter und -väter – nur diese gehen in die Statistik ein. Sie betreuen rund 88.000 Kinder unter drei Jahren, das ist jedes sechste betreute Kind dieser Altersgruppe. Allerdings unterscheiden sich die Betreuungsquoten je nach Bundesland stark: In Sachsen-Anhalt waren 2012 nicht mal 2 Prozent der fremdbetreuten Kleinkinder in der Obhut von Tageseltern, in Nordrhein-Westfalen dagegen fast 30 Prozent.

Während der Ruf nach einer akademischen Ausbildung für Erzieher

Tagesmütter: Das Qualifikationsniveau

So viel Prozent der Kindertagespflegepersonen verfügen über ...

	eine fachpädagogische Ausbildung und einen Qualifizierungskurs	eine fachpädagogische Ausbildung	einen Qualifizierungskurs für Kindertagespflege	keine fachpädagogische Ausbildung und keinen Qualifizierungskurs
2007	20,0	13,4	43,7	22,9
2008	23,0	12,8	48,3	15,9
2009	22,2	10,8	52,9	14,0
2010	22,6	9,7	55,7	12,2
2011	24,0	8,2	59,3	8,6
2012	24,6	7,2	61,6	6,6

Kindertagespflegepersonen: öffentlich geförderte Tagesmütter und -väter
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - IwD 13

immer lauter wird, verlangt dies für Tageseltern bislang kaum jemand. Tatsächlich gibt es nicht einmal Vorgaben, welches Bildungsniveau in der Tagespflege nötig ist (Kasten). Gleichwohl ist das Qualifikationsniveau der Tageseltern in den vergangenen Jahren gestiegen (Grafik):

Zuletzt verfügten 93 Prozent der öffentlich geförderten Tagesmütter und -väter über eine fachpädagogische Ausbildung und/oder einen Qualifizierungskurs, 2007 waren es erst 77 Prozent.

Der Anteil derjenigen, die über einen fachpädagogischen Abschluss verfügen, hat sich in den vergangenen Jahren wenig verändert. Er liegt

nach wie vor bei einem Drittel. Die Mehrheit der Tagespflegeeltern beschränken ihre Qualifikationsbemühungen auf den Besuch eines Kurses, der mitunter nur 30 Stunden umfasst. Das mag man angesichts der gestiegenen Anforderungen an die frühkindliche Bildung bedauern, es muss aber kein Manko sein, wie die gerade erschienene Nubbek-Studie zeigt: Die „Nationale Untersuchung zur Bildung, Betreuung und Erziehung in der frühen Kindheit“ kommt zu dem Ergebnis, dass die pädagogische Qualität, die der Nachwuchs bei einer Tagesmutter erfährt, gleichwertig zu der in einer Kindertageseinrichtung sein kann.

Was Tagesmütter können sollten

Welche Mindestqualifikationen Tageseltern mitbringen müssen, damit sie Kleinkinder betreuen dürfen, ist bislang gesetzlich nicht geregelt. Allerdings benötigen Tagesmütter und -väter seit 2005 eine „Erlaubnis zur Kindertagespflege“ vom Jugendamt. Bedingung dafür sind neben kindgerechten Räumlichkeiten auch „vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Kindertagespflege“. Diese Kenntnisse werden zum Beispiel in Qualifizierungskursen vermittelt, die von Jugendämtern, Tageselternvereinen, Familienbildungsstätten und Volkshochschulen angeboten werden. Allerdings variiert die Kursdauer stark – manche Tageselternkurse enden bereits nach 30 Stunden, andere erst nach 160.

Um den Qualifizierungsdschungel zu lichten, hat das Deutsche Jugendinstitut ein Curriculum entwickelt, das als Standard gelten soll. Es umfasst 160 Unterrichtsstunden, in denen die angehenden Tagespflegepersonen unter anderem lernen, wie sie Kinder fördern und mit Eltern kooperieren können.

Ungebremster Solar-Boom

Photovoltaik. Damit regenerativ erzeugter Strom überhaupt wettbewerbsfähig ist, wird er in Deutschland großzügig durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert. Insbesondere der starke Ausbau der Photovoltaik ist dabei zum Kostentreiber geworden – doch alle Versuche, den Solar-Boom zu bremsen, sind bislang gescheitert.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine der Hauptsäulen der Energiewende. Bis zum Jahr 2050 sollen 80 Prozent des Stromverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt werden – beispielsweise durch Solarenergie. Diese liefert bereits heute einen nennenswerten Beitrag zur deutschen Stromversorgung: Im Jahr 2012 deckte die Photovoltaik mit 28,5 Terawattstunden rund 5 Prozent des Bruttostromverbrauchs.

Um diese Entwicklung weiter voranzutreiben, wird die Photovoltaik

im Rahmen des EEG durch die sogenannte Einspeisevergütung gefördert. Das heißt, dass Betreibern von Solaranlagen 20 Jahre lang ein Festpreis garantiert wird, der über dem marktüblichen Strompreis liegt.

Grundsätzlich legt das EEG nicht genau fest, wie viele Photovoltaik-Anlagen gebaut werden. In den vergangenen Jahren gab es allerdings einen Boom dieser besonders teuren Technologie. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2009 ein Mechanismus im EEG verankert, der diese Entwicklung bremsen soll:

Ab einer bestimmten Kapazitätserweiterung sinkt die Einspeisevergütung für Solarstrom stärker als ohnehin geplant.

Der Erfolg dieser Maßnahme hält sich jedoch in Grenzen: Schon im Jahr 2009, als die Preise für Solaranlagen deutlich sanken und die Anlagenbetreiber so satte Renditen realisieren konnten, betrug der Ausbau rund das 2,5-Fache der vorgesehenen

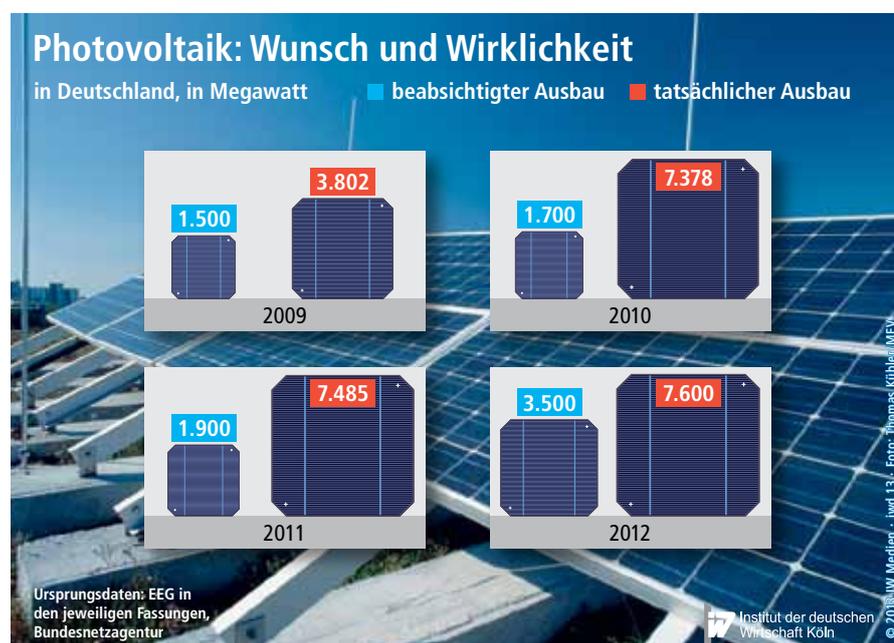
Kapazitätserweiterung von 1.500 Megawatt. Ein Jahr später wurden mehr als viermal so viele Anlagen installiert – im EEG waren 1.700 Megawatt veranschlagt.

Im Jahr 2011 überstieg der Ausbau der Photovoltaik den avisierten Wert von 1.900 Megawatt um fast das Vierfache (Grafik). Auch aus diesem Grund wurde noch einmal nachgebessert: Seit April 2012 wird der Vergütungssatz sogar alle drei Monate angepasst.

Obwohl die obere Ausbaugrenze im Jahr 2012 noch einmal auf 3.500 Megawatt erhöht und damit nahezu verdoppelt wurde, lag der tatsächliche Photovoltaik-Ausbau mehr als 100 Prozent darüber.

Was zum Teil als Erfolg des EEG gefeiert wird, ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten kritisch zu sehen. Schließlich wird Solarstrom besonders hoch vergütet und beansprucht etwa 46 Prozent der gesamten Subventionen. Das macht sich über die EEG-Umlage auch in steigenden Strompreisen bemerkbar. Ihr Anteil an der tatsächlich im Rahmen des EEG erzeugten Strommenge beträgt dagegen nur etwa 21 Prozent.

In der letzten EEG-Novelle wurde nun eine Exit-Option für die Förderung von Solarstrom verankert. So soll es bei einer installierten Leistung von mehr als 52.000 Megawatt einen Vergütungsstopp geben. Es ist allerdings fraglich, ob diese Obergrenze, die voraussichtlich Ende 2015 erreicht ist, aufrechterhalten wird. Umso wichtiger ist es bis dahin, die Förderung grundlegend zu reformieren und den Strommarkt an neue Erzeugungsstrukturen anzupassen.



Mehr Euros für mehr Wachstum

Europäische Investitionsbank. Die von der EU-Bank mitfinanzierten Projekte sollen das Wirtschaftswachstum in den jeweiligen Ländern fördern und helfen, Arbeitsplätze zu schaffen. Künftig will die Europäische Investitionsbank ihr Engagement noch verstärken.

Oft werfen Kritiker der EU vor, bei der Bewältigung der Schuldenkrise nur aufs Sparen zu setzen. Doch das stimmt nicht – bereits im Juni 2012 hat der EU-Gipfel einen Pakt für Wachstum und Beschäftigung beschlossen. Dazu sollte z. B. das Kapital der Europäischen Investitionsbank (EIB) um 10 Milliarden Euro aufgestockt werden (Kasten). Das oberste Organ der EIB, der Rat der Gouverneure, hat diese Kapitalerhöhung Anfang Januar genehmigt. Damit will die Bank in den Jahren 2013 bis 2015 ihre Kreditvergabe auf jährlich 65 bis 70 Milliarden Euro ausweiten und so Projekte von insgesamt bis zu 180 Milliarden Euro anstoßen.

Die von der EIB maximal zur Hälfte mitfinanzierten Maßnahmen sind allerdings nicht zur kurzfristigen Krisenbekämpfung vorgesehen, auch wenn das Krisenland Spanien zuletzt der größte Darlehensempfänger war (Grafik):

Insgesamt vergab die Europäische Investitionsbank 2012 gut 52 Milliarden Euro an neuen Krediten – davon allein mehr als 8 Milliarden Euro für Projekte in Spanien.

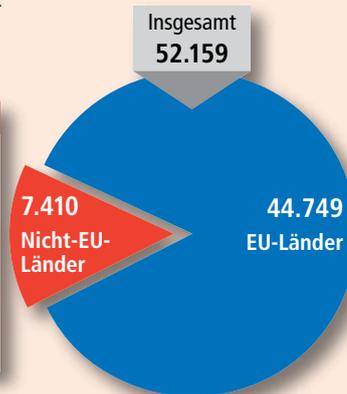
Die EIB-Projekte sind langfristig angelegt und sollen helfen, das Wirtschaftswachstum zu steigern und die Beschäftigungssituation zu verbessern. Deshalb fließt das Geld vor

Europäische Investitionsbank: Wohin die Gelder fließen

Die Europäische Investitionsbank mit Sitz in Luxemburg ist im Besitz der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Sie leiht sich auf den Kapitalmärkten Geld und vergibt zu niedrigen Zinssätzen Darlehen, zum Beispiel für Infrastrukturprojekte in der EU oder in Drittländern.

Darlehenszusagen im Jahr 2012
in Millionen Euro

darunter:	
Beitrittskandidaten wie z. B. Türkei, Kroatien, Serbien	2.865
Mittelmeeranrainer wie z. B. Ägypten, Israel, Marokko	1.689
Ukraine, Georgien, Armenien	934



darunter:	
Spanien	8.083
Italien	6.820
Deutschland	5.158
Polen	4.440
Frankreich	4.337
Vereinigtes Königreich	3.665
Ungarn	1.594
Niederlande	1.245
Belgien	1.161
Schweden	1.132

Quelle: Europäische Investitionsbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2013 IW Medien - Iwd 13

allem in Infrastrukturmaßnahmen. So hat die EU-Bank Spanien im vergangenen Jahr ein Darlehen über 1 Milliarde Euro für den Bau einer Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecke zwischen Vitoria, Bilbao und San Sebastián zugesagt. Italien bekommt



400 Millionen Euro zur Verbesserung seiner Gasversorgung und Irland erhält 155 Millionen Euro für die Errichtung von sechs Windparks.

Auch Deutschland profitiert von den EIB-Darlehen. Die Bank bewilligte zuletzt unter anderem 500 Millionen Euro für eine Offshore-Windkraftanlage in der Ostsee sowie 450 Millionen Euro für ein nachhaltiges Wasserversorgungs- und Abwassersystem in Berlin.

Die Europäische Investitionsbank

Die EIB wurde 1957 gegründet. Anteilseigner der Bank sind die EU-Mitgliedsstaaten, das gezeichnete Kapital beläuft sich nach der aktuellen Erhöhung auf gut 242 Milliarden Euro. Auf dieser Basis kann sich die EIB mit ihrer Triple-A-Bonität an den Finanzmärkten günstig Geld leihen und zu niedrigen Zinsen Darlehen für Projekte vergeben, die zum Erreichen der EU-Ziele beitragen. Hierzu gehört zum Beispiel der Abbau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte zwischen den EU-Regionen. Die EIB unterstützt aber auch entwicklungspolitische Vorhaben der EU in anderen Teilen der Welt. Um all diese Aufgaben kümmern sich insgesamt 1.950 Mitarbeiter, allein 300 Ingenieure und Wirtschaftswissenschaftler sind für die Prüfung der einzelnen Projekte zuständig. Die EIB hat ihren Hauptsitz in Luxemburg und betreibt zudem 24 Außenbüros, von denen acht außerhalb Europas liegen – etwa in Fort-de-France auf der Karibikinsel Martinique, im südafrikanischen Pretoria und in Sydney.

Zwei Millionen Perspektiven

Ausbildung. Fast zwei Millionen Jugendliche haben im vergangenen Jahr eine weiterführende Qualifizierung begonnen. Die meisten von ihnen entschieden sich für eine Berufsausbildung, ein Studium oder für den Besuch einer weiterführenden Schule, um die Hochschulreife zu erlangen. Wer das Abitur in der Tasche hat, schreibt sich später auch meist ein: Die Hochschulen verzeichnen seit 2005 deutlich mehr Studienanfänger.

Das Gros der Jugendlichen in Deutschland lebt im Vergleich zu seinen Altersgenossen im übrigen Europa auf einer Insel der Seligen: Denn in vielen Ländern hat die Wirtschafts- und Finanzkrise eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit verursacht. In Griechenland und Spanien ist z. B. rund jeder zweite junge Erwerbsfähige ohne Job, in Italien und Portugal mehr als jeder dritte. Hierzulande sind die Perspektiven für junge Menschen deutlich besser:

Deutschland hat eine Jugendarbeitslosenrate von rund 8 Prozent – das ist die niedrigste Quote innerhalb der Europäischen Union.

Dass hierzulande vergleichsweise wenige junge Menschen auf der Straße stehen, hat wesentlich mit

einem Ausbildungsmodell zu tun, das vom Ausland geschätzt und mittlerweile auch nachgeahmt wird: der dualen Berufsausbildung. Sie ist bei den Jugendlichen in Deutschland sehr beliebt (Grafik):

Von den knapp zwei Millionen Anfängern im Ausbildungssystem entschieden sich im Jahr 2012 die meisten – fast 513.000 – für eine duale Ausbildung.

Nimmt man noch die vollzeitschulischen Ausbildungsgänge hinzu, die es etwa im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen gibt, dann sind 2012 sogar mehr als 730.000 Jugendliche in eine Berufsausbildung gestartet. Das war zwar gut 1 Prozent weniger als 2011, doch angesichts der schrumpfenden Jahr-

gangsständen ist das immer noch eine sehr stabile Entwicklung.

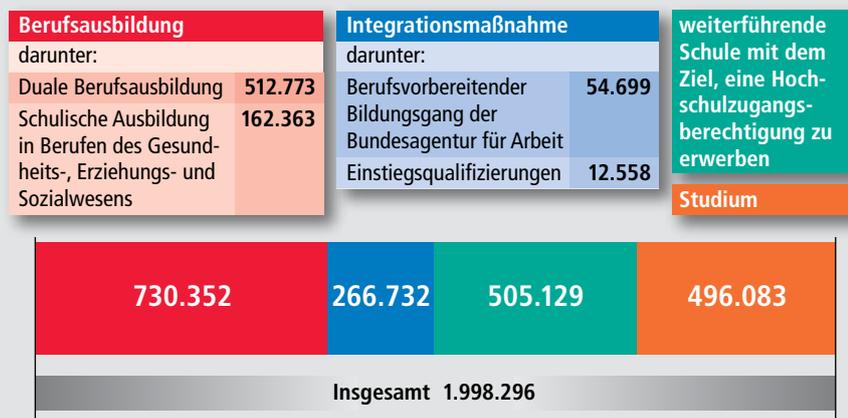
Für ein Studium schrieben sich 2012 fast 500.000 Erstsemester ein. Dass dieser Wert 5 Prozent unter dem des Vorjahres liegt, hat allerdings nichts mit erlahmender Studierneigung zu tun, sondern mit einem deutlichen Abiturientenrückgang. Im Jahr 2011 gab es in den beiden Flächenländern Bayern und

Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Mit der „Machbarkeitsstudie zur Entwicklung einer Integrierten Ausbildungsstatistik am Beispiel Hessen“ im Auftrag des Hessischen Wirtschaftsministeriums legte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2005 den Grundstein für einen systematischen und konsistenten Überblick über alle Ausbildungsangebote. Die Ergebnisse wurden anschließend vom Statistischen Bundesamt, dem Hessischen Statistischen Landesamt und dem Bundesinstitut für Berufsbildung auf die Bundesebene übertragen. Im Jahr 2012 wurde die „Integrierte Ausbildungsberichterstattung“ schließlich in ein regelmäßiges Berichtswesen auf Bundesebene überführt. Dafür werden alle relevanten Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote länderübergreifend systematisch erfasst und nach ihrem vorrangigen Bildungsziel den vier Bereichen Berufsabschluss, Integration in Ausbildung, Hochschulreife und Studium zugeordnet. Seit 2005 gibt es demnach gravierende Veränderungen beim Ausbildungsverhalten der jungen Leute: Rund ein Drittel weniger Jungen und Mädchen absolvieren eine Übergangsmaßnahme, wohingegen die Zahl der Studienanfänger um ein Drittel gestiegen ist.

Schulabgänger: Berufsausbildung ist besonders beliebt

So viele Jugendliche starteten 2012 in eine/ein



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bundesagentur für Arbeit

Niedersachsen doppelte Abiturientenjahrgänge, also auf einen Schlag besonders viele Absolventen mit Hochschulreife. Dieser Effekt fiel 2012, als vor allem in den Stadtstaaten doppelte Abi-Jahrgänge die Gymnasien verließen, wesentlich kleiner aus.

Für akademischen Nachwuchs dürfte dennoch gesorgt sein: Annähernd 345.000 Jugendliche wechselten 2012 in die Sekundarstufe II, weitere 160.000 junge Menschen meldeten sich an Fachgymnasien, Fachoberschulen oder Berufsfachschulen an, um die Hochschulreife zu erwerben.

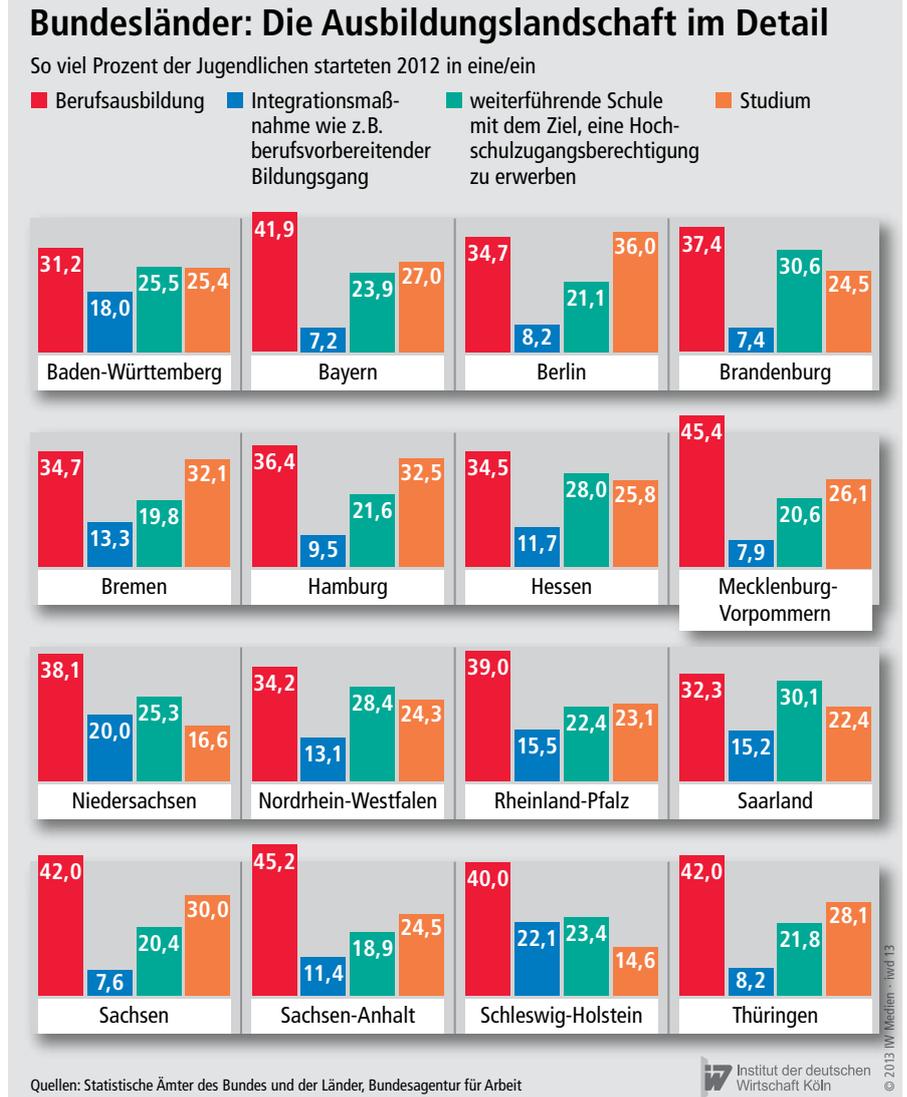
Enorm verringert hat sich dagegen der Zustrom in das sogenannte Übergangssystem:

Eine Integrationsmaßnahme, die Jugendliche vor dem Start in eine Ausbildung absolvieren, begannen 2012 zwar immer noch knapp 267.000 Jungen und Mädchen – 2011 waren es jedoch noch gut 18.000 mehr.

Besonders abgenommen hat die Nachfrage nach Bildungsgängen der Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln (6.200 Jugendliche weniger), sowie nach Einstiegsqualifizierungen (2.800 Jugendliche weniger), von denen Letztere im Gegensatz zu vielen anderen Übergangssystemen als sehr gute Vorbereitung für eine anschließende Ausbildung gelten.

Seit 2005 werden die Perspektiven für Schulabgänger in Deutschland systematisch beobachtet (Kasten Seite 6). Ein erfreuliches Ergebnis: Vieles hat sich verbessert. Allerdings lassen sich bei der Ausbildung gerade zwischen Ost- und Westdeutschland erhebliche Unterschiede ausmachen – aus folgenden Gründen:

- **Die demografische Entwicklung** zwischen alten und neuen Bundes-



ländern verläuft unterschiedlich. Während sich die Jahrgangsstärken der Schulabgänger im Osten aufgrund des massiven Geburtenrückgangs nach der Wiedervereinigung innerhalb weniger Jahre annähernd halbiert haben, verläuft diese Entwicklung im Westen deutlich langsamer. Eine Folge: In den neuen Bundesländern gibt es mittlerweile einen eklatanten Mangel an Lehrstellenbewerbern.

- **Das „Ausbildungsprogramm Ost“**, das seit den 1990er Jahren Geld für die Schaffung außerbetrieblicher Lehrstellen bereitstellt, hat dazu geführt, dass sich im Osten kein so umfangreiches Übergangssystem entwickelt hat wie im Westen. So

starteten 2012 lediglich gut 8 Prozent aller ostdeutschen Schulabgänger in eine Übergangssystemmaßnahme, im Westen dagegen fast 14 Prozent. In Schleswig-Holstein landeten sogar mehr als 22 Prozent der Jugendlichen in einer Integrationsmaßnahme (Grafik).

- **Bei der rein schulischen Berufsausbildung** hat inzwischen der Osten die Nase vorn. Das liegt vor allem daran, dass in den neuen Bundesländern besonders viele junge Leute einen Beruf im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen erlernen. In Sachsen-Anhalt etwa begannen 2012 fast 16 Prozent der Schulabgänger eine schulische Ausbildung, in Bremen nur 4 Prozent.

Wer den Pfennig nicht ehrt

Münzen. Pfennige in Glücksbrunnen, im Sparschwein vergessenes Kleingeld oder zu Gedenkmünzen umgestanzte D-Mark-Stücke – all das dürfte dazu beigetragen haben, dass Ende 2012 noch rund 23,5 Milliarden D-Mark-Münzen im Wert von 2,4 Milliarden Euro nicht zurückgegeben waren.

Gut 58 Prozent der 1-Pfennig-Stücke und 51 Prozent der 5-Pfennig-Münzen, die bei der Einführung des Euro in Umlauf waren, wurden bis heute nicht mehr gesehen. Bei den 5-Mark-Münzen trifft das auf immerhin 34 Prozent zu (Grafik).

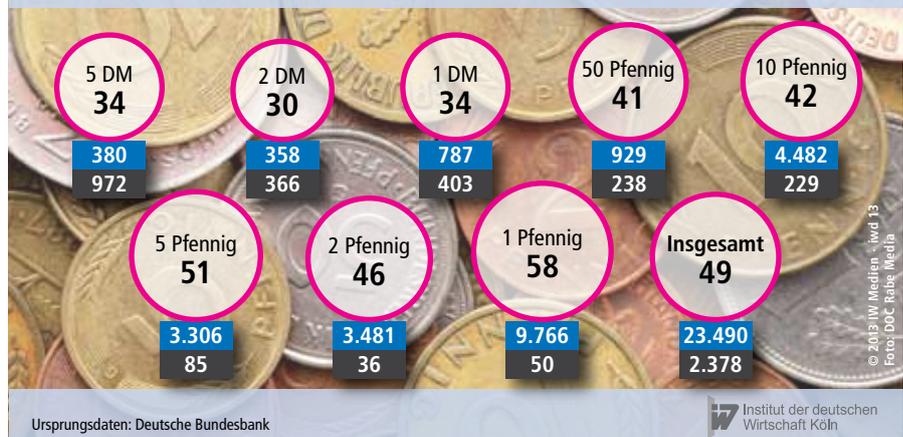
Bei den Pfennigen ist zu vermuten, dass sie nicht in andere Regionen der Erde gewandert sind und auch nicht – zumindest nicht in dieser Menge – mehr als Erinnerungsstücke an die D-Mark-Zeiten behalten wurden, sondern tatsächlich verloren sind.

Adressaufkleber

D-Mark-Münzen: Nur die Hälfte eingesammelt

Ende 2012 waren noch 23,5 Milliarden D-Mark-Münzen im Wert von 2,4 Milliarden Euro in Umlauf

■ So viel Prozent des Münzbestands wurden nicht zurückgegeben
 ■ Anzahl der D-Mark-Münzen, die am 31.12.2012 in Umlauf waren, in Millionen
 ■ Wert der D-Mark-Münzen, die am 31.12.2012 in Umlauf waren, in Millionen Euro



Ob die Bundesbank jemals auch nur einen Teil der fehlenden D-Mark-Münzen wiederbekommt, ist deshalb zu bezweifeln.

Im Jahr 2012 tauschten die Deutschen lediglich 21,5 Millionen DM in Euro um – nicht einmal 0,5 Prozent des noch umlaufenden D-Mark-Bestands.

Eine Geldanlage sind die kleinen Kupferstücke jedenfalls nicht, denn durch die Inflation verlieren sie Jahr für Jahr an Wert. Möglicherweise spekulieren aber einige D-Mark-Besitzer auf den Metallwert, denn bei steigenden Rohstoffpreisen könnte so der eine oder andere Kupferpfennig doch noch zu richtigem Geld gemacht werden – damit sich das lohnt, muss allerdings schon einiges gehortet sein.

Den neuen Cent-Stücken scheint sogar schon zu Lebzeiten ein ähn-

liches Schicksal beschieden wie den Pfennigen. Eine Umfrage der Bundesbank zum Zahlungsverhalten ergab, dass gut ein Viertel der Bevölkerung Kleinmünzen nur ungern zum Bezahlen verwendet und sie daher aus dem Geldbeutel entsorgt.

Fast 40 Prozent der Deutschen finden, dass Kleinmünzen abgeschafft werden können.

Zu einem vergleichbaren Ergebnis kam unlängst eine Umfrage der Europäischen Kommission. Demnach sind bei rund der Hälfte der Deutschen die 2- und 5-Cent-Münzen unbeliebt. Selbst beim Bäcker wird das Brötchen für 28 Cent lieber mit großen Münzen als passgenau bezahlt. Mit 1- oder 2-Euro-Münzen dagegen haben die wenigsten Bundesbürger Probleme.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
 Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN. WISSEN SCHAFFT KOMPETENZ.